Zeitschrift: Tätigkeitsbericht / Internationales Komitee vom Roten Kreuz

Herausgeber: Internationales Komitee vom Roten Kreuz

Band: - (1976)

Rubrik: Der zentrale Suchdienst

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 28.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

II. DER ZENTRALE SUCHDIENST

Wie schon 1870 und dann wieder 1914, eröffnete das IKRK auch 1939 eine Auskunftstelle, um Nachrichten über die in Gefangenschaft geratenen Militärpersonen weiterzuleiten. Diese blieb auch weiterhin tätig und trägt heute den Namen ZENTRALER SUCHDIENST. Seine Arbeit besteht in der Registrierung und Weiterleitung aller über Kriegsgefangene, Zivilinternierte, freigelassene oder repatriierte Personen usw. erhaltenen Auskünfte, namentlich aufgrund der ihm vorgelegten Namenslisten. Er leitet Nachforschungen nach Zivil- und Militärpersonen in die Wege, die im Lauf der Konflikte vermisst wurden, und informiert die Angehörigen. Er stellt Gefangenenkarten und Totenscheine aus.

Wenn die normalen Kommunikationswege unterbrochen sind, sorgt er für die Weiterleitung von Mitteilungen und Nachrichten zwischen den durch die Ereignisse getrennten Zivilpersonen, zwischen den Gefangenen und ihren Angehörigen.

Das Tagesgeschehen oder Spätfolgen von weiter zurückliegenden Konflikten sorgten dafür, dass der Zentrale Suchdienst des IKRK auch im Berichtsjahr in den Einsatzgebieten wie auch in der Zentrale eine rege Tätigkeit entfaltete. Laufend gingen in der Zentrale Anträge auf Nachforschungen, Gesuche um Familienzusammenführungen und Mitteilungen zur Weiterleitung ein. Darüber hinaus wurden sehr viele Gefangenschaftsnachweise beantragt. Der Zentrale Suchdienst erhielt insgesamt 104 680 Postsachen und versandte selbst 99 238. Aufgrund von Anträgen wurden 13 066 Nachforschungen angestellt; das Ergebnis war in 6 078 Fällen positiv und in 8 028 Fällen negativ. Ausserdem konnten vom Zentralen Suchdienst 153 536 neue Angaben erfasst und in die Kartei eingetragen werden.

Im Dezember 1976 war als schmerzliches Ereignis der Tod von Frl. Paulette Y. Tombet zu verzeichnen. Seit 1966 hatte sie mit beispielhafter Sachkenntnis und Hingabe den Zentralen Suchdienst geleitet.

Frl. Tombet war 1940 in den Zentralen Suchdienst eingetreten. Eine langjährige Erfahrung hatte ihr eine Fülle von Kenntnissen vermittelt, an denen sie alle ihre Mitarbeiter teilhaben liess und die sie zu einer besonders umsichtigen Leiterin des Zentralen Suchdienstes werden liessen.

Nach dem schmerzlich empfundenen Tod von Frl. Tombet wurden die beiden stellvertretenden Leiter, Frl. Monique Katz und Herr Nicolas Vecsey, mit der Verwaltung des Zentralen Suchdienstes beauftragt.

Libanon

Nach der Zuspitzung der Lage im Libanon musste im Sommer 1976 das Büro des Suchdienstes bei der IKRK-Delegation in Beirut-West verstärkt und durch die Einrichtung neuer Zweigstellen des Suchdienstes in Jounieh, Tripoli und im Bekaa-Tal ausgebaut werden.

Darüber hinaus musste zur besseren Übermittlung der Mitteilungen bzw. Weiterleitung der Nachforschungsbegehren ein

Verbindungsnetz aufgezogen werden, das auch etwa zwanzig Ortschaften im Landesinnern umfasst.

Drei von der Zentrale entsandte Delegierte des Suchdienstes, unterstützt von zwanzig einheimischen Angestellten, mussten die Vertriebenen erfassen, auf Verlangen der Familien bzw. des Zentralen Suchdienstes in Genf Nachforschungen nach dem Verbleib von vermisst gemeldeten Kampfteilnehmern und Zivilpersonen einleiten, die Verbindung zwischen den von ihren Angehörigen getrennten Personen wiederherstellen und Familienzusammenführungen in die Wege leiten. Zur Ergänzung des Systems wurde auch ein Delegierter des Suchsdienstes nach Damaskus entsandt.

So konnten 22 770 Mitteilungen weitergeleitet und 17 800 Nachforschungen durchgeführt werden. Über den Suchdienst in der Zentrale konnten sogar in anderen Gebieten des Nahen Ostens und in verschiedenen überseeischen Ländern lebende libanesische bzw. palästinensische Familien benachrichtigt werden, die von jeder Verbindung mit ihren Verwandten im Libanon abgeschnitten waren.

Ein Delegierter des Zentralen Suchdienstes begab sich im März und April 1976 auch auf Mission nach Athen, um zusammen mit dem Hochkommissariat für Flüchtlinge, CIME, dem Weltkirchenrat und CICM die Durchreise-Formalitäten für rund 3 000 staatenlose Flüchtlinge zu erledigen, die den Libanon mit Reiseausweisen des IKRK verlassen hatten, um sich in ein endgültiges Aufnahmeland, in den meisten Fällen die USA, zu begeben.

Konflikt zwischen Israel und den arabischen Ländern

Der Zentrale Suchdienst hat weiterhin als Drehscheibe zwischen den IKRK-Delegationen in Amman, Damaskus, Tel-Aviv, Jerusalem, Gaza und Kairo gewirkt, um sich für die Familien einzusetzen, die durch die früheren nahöstlichen Konflikte getrennt wurden. Ausgetauscht wurden rund 25 000 Familienmitteilungen sowie amtliche Papiere wie Besuchs-

bewilligungen, Heirats- und Geburtsurkunden, Schul- und Hochschuldiplome.

Zypern

Im Berichtsjahr übernahm der Zentrale Suchdienst die Weiterleitung von 18 000 Familienmitteilungen aus bzw. nach Zypern.

Ferner wurden an ehemalige Kriegsgefangene 135 Gefangenschaftsnachweise ausgestellt.

Indochina

Zwar endeten die Feindseligkeiten in dieser Region Anfang des zweiten Quartals 1975, doch war der Zentrale Suchdienst über das ganze Jahr 1976 mit der Bearbeitung zahlreicher Fälle von Vermissten und von getrennten Familien beschäftigt.

Am Hauptsitz legte der Zentrale Suchdienst eine Kartei mit rund 190 500 Karten an, auf denen die gesuchten Personen sowie die Namen und derzeitigen Aufenthaltsorte kambodschanischer, laotischer und vietnamesischer Flüchtlinge erfasst sind. Die Angaben über die Flüchtlinge wurden dem Zentralen Suchdienst entweder von den Betroffenen selbst oder durch Vermittlung der nationalen Rotkreuzgesellschaften verschiedener Aufnahmeländer gemacht, die dem Suchdienst zum Teil sogar durch Computer zusammengestellte Listen zur Verfügung stellten. Auch die IKRK-Delegation in Bangkok versorgte den Zentralen Suchdienst regelmässig mit Personen-Erfassungskarten, die von den Delegierten bei Besuchen in den thailändischen Gefangenenlagern zusammengestellt wurden. Den von CIME aufgestellten Listen konnte der Zentrale Suchdienst ferner Angaben über Flüchtlinge entnehmen, die Thailand zur Weiterreise in ein endgültiges Aufnahmeland verlassen.

Die im Zentralen Suchdienst vorhandenen Unterlagen über Flüchtlinge sind zwar unvollständig, bilden aber eine unersetzliche Grundlage für die Suche nach oft als vermisst geltenden Vertriebenen sowie gegebenenfalls zur Einleitung der nötigen Schritte im Hinblick auf eine Familienzusammenführung.

Hilfestellung leistete der Zentrale Suchdienst auch bei der Heimschaffung verschiedener Kategorien von in Vietnam niedergelassenen Ausländern, die in ihr Heimatland zurückkehren wollten. Dabei handelte es sich um Personen ohne Pass oder um Familienoberhäupter, die zwar selbst einen Pass besassen, deren Ehefrau — vietnamesischer Herkunft — und Kinder aber nicht mit entsprechenden Belegen nachweisen konnten, dass das Heimatland des Familienoberhauptes zu ihrer Aufnahme bereit war.

Schon 1975 war der Zentrale Suchdienst in Genf an die nationalen Rotkreuzgesellschaften und die Regierungsbehörden der Heimatländer über ihre ständigen Vertretungen in Genf herangetreten. In der Folge wurden diese Heimschaffungsbegehren in Bangkok zusammengefasst, wo die betreffenden Länder ihre diplomatischen Vertretungen mit der Bearbeitung dieses Problems beauftragt hatten. Deshalb entsandte der Zen-

trale Suchdienst im Januar 1976 einen Delegierten nach Bangkok mit dem Auftrag, die Unterlagen über die Auswanderungsbegehren aus Vietnam zusammenzustellen und bei den jeweiligen diplomatischen Vertretungen die entsprechenden Schritte einzuleiten. Nach der Rückkehr seines Delegierten nach Genf im Juni 1976 setzte der Zentrale Suchdienst die Zusammenarbeit mit der IKRK-Delegation in Bangkok in dieser Sache fort. Er hatte sich namentlich mit dem Fall von vietnamesischen Frauen zu befassen, die von ihren ausländischen, in ihr Heimatland zurückgekehrten Ehegatten getrennt und ohne Nachricht waren. Dabei bemühte sich der Zentrale Suchdienst, den Verbleib dieser Familienhäupter zu ermitteln.

Lateinamerika

Die Zweigstelle des Suchdienstes bei der IKRK-Delegation in Santiago nahm auch 1976 die ihr anvertrauten Aufgaben wahr (siehe dazu S. 25 des vorliegenden Berichts).

Allerdings musste die Zweigstelle Santiago mit weniger Personal auskommen, so dass beim Zentralen Suchdienst in Genf entsprechend mehr Arbeit anfiel. Er musste unter anderem die freigelassenen Häftlinge, ferner alle Angaben über die Auswanderung ehemaliger Häftlinge und ihrer Angehörigen sowie über Personen auf dem Wege zu nahen Verwandten im Ausland erfassen. Dank der Zentralkartei am Sitz des Suchdienstes, die laufend ergänzt wird, konnten von ihren Angehörigen getrennte Personen benachrichtigt und damit in die Lage versetzt werden, die abgebrochene Verbindung wieder herzustellen, was oft der erste Schritt zu einer Familienzusammenführung ist.

Die Tätigkeit des Zentralen Suchdienstes blieb nicht auf Chile beschränkt. Erfasst wurden auch die Namen von Häftlingen, die von den Delegierten des IKRK in anderen Ländern Lateinamerikas regelmässig besucht werden, sowie Angaben über als vermisst geltende Personen, deren Fall dem Suchdienst gemeldet wurde.

Erfassung der Häftlinge und Vermissten nach Unruhen in anderen Teilen der Welt

Wie in Lateinamerika, erfasst der Zentrale Suchdienst auch die Personalien und den Haftort von Häftlingen, die von den Delegierten des IKRK in anderen Teilen der Welt, insbesondere in Asien und Afrika, besucht werden dürfen. Erfasst werden auch Fälle von Vermissten oder Inhaftierten, die dem Suchdienst bekannt werden, um so die Aufgabe der besuchenden Delegierten vorzubereiten.

Westsahara

In Zusammenarbeit mit den betreffenden nationalen Rotkreuzgesellschaften wirkte der Zentrale Suchdienst als Vermittler für den Austausch von Post zwischen den von Marokko gefangengehaltenen algerischen Soldaten und ihren Familien. Der Zentrale Suchdienst hat auch einige Briefe übermittelt, die zwischen Gefangenen in den Händen der Polisario-Front und ihren Familien gewechselt wurden.

Der Zentrale Suchdienst unternahm ferner verschiedene Nachforschungen über den Verbleib von Personen, von denen seit den Ereignissen in der Westsahara jedes Lebenszeichen ausgeblieben war.

Angola

Anfang 1976 hatte der Zentrale Suchdienst drei Delegierte in Angola; zwei von ihnen waren in Luanda, der dritte in Huambo tätig. Ihre Aufgabe bestand darin, mit Hilfe der im Aufbau begriffenen nationalen Rotkreuzgesellschaft und in Zusammenarbeit mit den Behörden vermisste bzw. vertriebene Personen zu suchen und Familienmitteilungen zuzustellen, von denen mehr als 10 000 vom Zentralen Suchdienst in Genf weitervermittelt wurden. Es galt, eine Vielzahl von Anfragen nach Nachrichten aus den Nachbarländern, vor allem aber aus Übersee, zu beantworten.

Dabei wurde weitgehend auf Rundfunk-Aufrufe und Plakatanschlag zurückgegriffen. Nach der Wiederherstellung des Postdienstes gingen die Anfragen nach Nachrichten schlagartig zurück. Seit der Schliessung seiner Zweigstelle in Angola im Oktober 1976 werden die noch ungeklärten Fälle und die noch vereinzelt eingehenden Anfragen vom Zentralen Suchdienst in Genf bearbeitet, der den in Angola gesammelten Datenbestand übernommen hat.

Spätfolgen weiter zurückliegender Konflikte

Mehr als 31 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs werden beim Zentralen Suchdienst immer noch zahlreiche Belege wie Gefangenschaftsnachweise, Kranken- und Verwundetenatteste oder Sterbeurkunden aus der Kriegszeit angefordert. Zu erklären ist diese anhaltende Nachfrage durch neue Bestimmungen, die die einzelnen Länder zugunsten ihrer Bürger erlassen, die durch den Krieg oder die Gefangenschaft direkt oder indirekt geschädigt wurden.

Als zum Beispiel in Polen ab 1. Januar 1976 ein Gesetz zur Verbesserung der Kriegsrenten und sonstigen Sozialleistungen in Kraft trat, erhöhte sich dadurch die Zahl der angeforderten Gefangenschaftsnachweise. Im Berichtsjahr gingen bei der polnischen Abteilung des Zentralen Suchdienstes 19 252 Briefe ein, dreimal mehr als im Vorjahr.

Aber der Zentrale Suchdienst wird nicht nur von ehemaligen polnischen Kriegsteilnehmern in Anspruch genommen. Aus den verschiedensten Ländern, vor allem Italien, gehen zahlreiche ähnliche Anfragen oder Gesuche ein; sie betreffen Soldaten, die in den feindlichen Linien den Tod fanden, oder ehemalige Gefangene.

Die Ausfertigung einer Bescheinigung, die eine rechtswirksame Urkunde darstellt, verlangt die grösste Sorgfalt: gründliche Durchsicht der Karteien, strengste Kontrolle der in der umfangreichen Dokumentation des Zentralen Suchdienstes enthaltenen Daten und Überprüfung der in der Bescheinigung selbst vermerkten Daten.

Es ist bekannt, dass der Zweite Weltkrieg und die Folgeereignisse verschiedene Flüchtlingsschübe ausgelöst haben. Ungelöst blieb dabei das Problem gewisser Angehöriger ethnischer Minderheiten, die ihre bisherige Heimat verlassen wollten, um jenseits der Grenze sich dem Kreis ihrer Verwandten anzuschliessen.

Gestützt auf die von der XVIII., XIX. und XX. Internationalen Rotkreuzkonferenz angenommenen Resolutionen über Familienzusammenführungen nahm sich daher der Zentrale Suchdienst im Jahre 1976 in enger Zusammenarbeit mit den nationalen Rotkreuzgesellschaften der Fälle von getrennten Familien an, deren Mitglieder oft in alle Welt verstreut sind. Dazu waren lange und vielfach äusserst schwierige Nachforschungen notwendig.